

# Unlimited

Export-Club Bayern. Vereinigung für die Wirtschaft



export-club bayern

Export-Club Bayern e.V.  
Haus der Bayerischen Wirtschaft  
Max-Joseph-Straße 5  
80333 München

Geschäftsstelle/Sekretariat:  
Tel.: (0 89) 30 907 19-0  
Fax: (0 89) 30 907 19-19  
E-Mail: info@export-club.org

www.export-club.org

#### Impressum

Herausgeber:  
Export-Club Bayern e.V.  
Gesamtverantwortung:  
Hans-Joachim Kraemer  
Konzept, Realisation:  
brand.david Kommunikation GmbH



## Exportboom in Bayern

Ilse Aigner zur  
Wirtschaftslage im Freistaat

## Europa vereinfachen

Dr. Edmund Stoiber über den  
Bürokratieabbau in der EU

## 25% Steuern für alle

Das einheitliche Steuermodell  
von Prof. Dr. Paul Kirchhof

## Freie Bahn für starken Handel?

Chancen und Probleme des Transatlantischen Freihandelsabkommens

## Willkommen im Club

Bayern, Europa und die Welt: Wie eine starke Wirtschaft noch besser werden kann



Mit dem Abbau von Barrieren an anderer Stelle befasst sich der Gastbeitrag von Dr. Edmund Stoiber. Als Vorsitzender der High-Level-Group definiert er notwendige Maßnahmen für weniger Bürokratie innerhalb der EU. Das deutsche Steuerrecht soll ebenfalls einfacher werden: Prof. Dr. Paul Kirchhof stellt mit seinem Modell des einheitlichen Spitzensteuersatzes von 25% einen möglichen Lösungsweg vor.

Sie sehen: Auch nach 66 erfolgreichen Jahren ist der Club noch von Innovationsgeist geprägt – und wird sich auch zukünftig für eine Wirtschaftspolitik einsetzen, die durch Konstanz und Verlässlichkeit die Erneuerungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft stärkt.

Freuen Sie sich nun auf die erste Ausgabe von Unlimited. Ich wünsche Ihnen eine anregende und unterhaltsame Lektüre.

Dr. Michael Kerkloh  
Export-Club Präsident

Ich freue mich, Ihnen heute zum ersten Mal unsere Club-Zeitschrift Unlimited zu präsentieren. Der Titel verrät es bereits: Wir richten unseren Blick über die Grenzen des Freistaats hinaus auf die bayerische Wirtschaft und ihre weltweiten Handelsbeziehungen. In Zukunft möchten wir Sie regelmäßig mit Informationen über aktuelle regionale und internationale Entwicklungen versorgen, Trends aufzeigen und neue Impulse setzen. Neben einer Rückschau auf unsere Veranstaltungen bereichern hochkarätige Gastbeiträge aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft jede Ausgabe.

Im Leitartikel unseres ersten Heftes erfahren Sie, welche Chancen das transatlantische Freihandelsabkommen für Bayerns und Deutschlands Wirtschaft bietet.

*Unser Top-Thema  
auf Seite 12:  
„Transatlantischer  
Freihandel: Chancen  
und Probleme“  
von Prof. Gabriel Felbermayr,  
PhD, LMU München  
und ifo Institut.*

export-club bayern

## Land mit Exportrekord: Wirtschaftsboom in Bayern

Ein Beitrag von Ilse Aigner, Schirmherrin des Export-Club Bayern, Stellvertretende Ministerpräsidentin und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

Bayern steht zum Jahresbeginn 2014 wirtschaftlich sehr gut da. Unsere Wirtschaft hat die Krise der Jahre 2008 und 2009 schneller und besser überwunden als alle anderen deutschen Länder und ist gestärkt mit einem Wachstumsplus von 6 % im Zeitraum 2008 bis 2012 daraus hervorgegangen. Robustheit und Stärke sind Begriffe, die auch den bayerischen Arbeitsmarkt treffend beschreiben: Trotz gedämpfter Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2012 und 2013 ist Bayern Arbeitsmarktspitzenreiter in Deutschland. Die niedrigste Arbeitslosenquote im Ländervergleich und Rekordwerte bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sprechen für sich. Für das Jahr 2014 können wir mit einem konjunkturellen Aufschwung rechnen. Das wird auch den bayerischen Arbeitsmarkt weiter beflügeln und uns dem Ziel der Vollbeschäftigung in ganz Bayern ein weiteres Stück näherbringen.

Robuste Wirtschaftsentwicklung in schwierigen Zeiten und Höhenflüge auf dem Arbeitsmarkt – die großen Verdienste der Exportwirtschaft um diese bayerische Erfolgsgeschichte sind unumstritten. Auch im vergangenen Jahr lag die Exportquote im verarbeitenden Gewerbe deutlich über 50 %. Einmal mehr können wir mit dem Slogan „die bayerische Industrie verdient mehr als jeden zweiten Euro im Ausland“ unsere Wettbewerbsfähigkeit demonstrieren. 2013 haben wir zudem einen neuen Exportrekord erreicht. Mit einem Exportvolumen von über 168 Mrd. Euro boomt der Handel mit bayerischen Produkten und Dienstleistungen.

Das darf jedoch keine Begründung sein, sich bequem zurückzulehnen. Sowohl die bayerische Exportwirtschaft als auch die Politik kennen die Risiken und Unsicherheiten der Internationalisierung und des globalen Wettbewerbsdrucks nur zu genau, um sich auf dem Status quo einfach auszuruhen.

Es ist wichtig, dass wir in Zeiten der Schuldenkrise wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten innerhalb der Europäischen Union und der Währungsunion mit der Schaffung eines klaren Regelwerks begegnen. Insbesondere das unternehmerische Selbstverständnis, dass Handlung und Haftung zusammenfal-

len müssen, muss auch in der Eurozone wieder gelten. Nur wenn wir daran festhalten, können wir die ersten Schritte der Krisenländer aus der Talsohle als Erfolg verbuchen und wieder langfristiges Vertrauen auf den Märkten aufbauen. Nicht nur weil mehr als die Hälfte der Handelsbeziehungen bayerischer Unternehmen auf die EU-Länder entfällt, ist die Lösung der Schuldenkrise aus Sicht der bayerischen Wirtschaft ein zentrales Projekt.

*Mit einem Exportvolumen  
von über 168 Mrd. Euro  
boomt der Handel mit  
bayerischen Produkten und  
Dienstleistungen.*

Neben den EU-Ländern und China sind die USA wichtigster bayerischer Handelspartner und Bayerns größter Exportmarkt. Unsere intensiven transatlantischen Handelsbeziehungen verdeutlichen, wie stark die bayerische Wirtschaft und insbesondere die exportorientierte bayerische Industrie vom geplanten Freihandelsabkommen TTIP zwischen der Europäischen Union und den USA profitieren kann. Deshalb steht die Bayerische Staatsregierung hinter einem umfassenden Abkommen, das jedoch unsere europäischen Standards im Bereich Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz nicht zur Disposition stellt. Auch kulturelle Fragen und die öffentliche Daseinsvorsorge werden wir nicht als Teil der Verhandlungsmasse akzeptieren. Ich setze auf transparente Verhandlungen der EU-Kommission mit den USA und werde dafür sorgen, dass mit der Stimme Bayern nichts umgesetzt wird, was der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft schaden könnte.

Abseits dieser außenwirtschaftspolitischen Großbaustellen wollen wir die Exportwirtschaft in Bayern durch unser wirtschaftspolitisches Konzept unterstützen und ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen. Mit unserer Drei-I-Strategie aus Investitionen, Innovationen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit bieten

wir eine Antwort auf die strukturellen Herausforderungen unserer Zeit wie die Globalisierung, die Energiewende und den demografischen Wandel.

Deutschland und Bayern brauchen mehr Investitionen, um wichtige Infrastrukturvorhaben zu realisieren und das Wachstumspotenzial von Bildung, Forschung und Entwicklung besser auszunutzen. Dazu leisten wir unseren Beitrag, indem wir mit „Bayern Digital“ in die Digitalisierung des Freistaats investieren und mit unserer Initiative „Start-up Bayern“ bessere Rahmenbedingungen für Existenzgründer und die Umsetzung ihrer Ideen schaffen.

Vielen Unternehmen bereiten vor allem die Energiewende und der Anstieg der Strompreise Grund zur Sorge. Für mich ist die Bezahlbarkeit der Energieversorgung ein entscheidendes Erfolgskriterium des Mammutprojekts Energiewende. Wir brauchen deshalb einen marktgerechteren Ausbau der erneuerbaren Energien und ein effizienteres EEG.

Wir brauchen in Bayern eine langfristig starke Exportwirtschaft, um auch unseren Kindern und Enkeln Wohlstand und Lebensqualität in Bayern zu garantieren. Die Erfolge unserer weltweit aktiven Unternehmen sind mir Freude und Verpflichtung zugleich. Ich werde mich hier in Bayern, aber auch in Berlin und Brüssel dafür einsetzen, dass wir die Zugkraft der bayerischen Exportwirtschaft erhalten und ausbauen. ♦



# Bürokratieabbau in der EU: Bilanz und Auftrag

Ein Beitrag von Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident a. D. und Vorsitzender der High Level Group zum Bürokratieabbau in Europa



Entlastungsmaßnahmen wie die Ersetzung von Mehrwertsteuerrechnungen in Papierform auch durch elektronische Rechnungen, die allein die deutschen Unternehmen um 3,6 Mrd. Euro jährlich entlastet, sowie die Entlastung von Klein- und Kleinunternehmen von den europäischen Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften (europaweites Entlastungspotenzial jährlich über 5 Mrd. Euro) sind in Deutschland schon geltendes Recht, weil sie von der Bundesregierung schnell umgesetzt worden sind.

Im anschließenden, zweiten Mandat von 2010 bis 2012 haben wir erstmals die Umsetzung des bestehenden EU-Rechts in den Mitgliedstaaten unter die Lupe genommen und einen Umsetzungsbericht mit Vorschlägen zur Verbesserung vorgelegt. Immerhin haben nicht weniger als ein Drittel der von Europa ausgelösten Bürokratiekosten ihre Ursache in der ineffizienten Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Nur ein Beispiel: Die Vergabe öffentlicher Aufträge dauert zwischen 77 Tagen in Litauen und 241 Tagen in Malta. Würden sich die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von EU-Recht an den besten Beispielen orientieren, könnten bis zu 40 Milliarden Euro eingespart werden!

*Die richtige Balance zwischen einem einheitlichen Binnenmarkt und dem Grundsatz der Subsidiarität muss dringend wieder hergestellt werden.*

Im dritten Mandat bis zum Ende der Amtszeit der Kommission Barroso II im Oktober 2014 konzentrieren wir uns vor allem auf die weitere Entlastung kleiner und mittlerer Unternehmen. Außerdem steigen wir zum ersten Mal in eine Prüfung ein, wie effizient die Verwaltungen in den Mitgliedstaaten arbeiten und wie die inzwischen erfolgten Abbaumaßnahmen dort umgesetzt werden – wenn Sie so wollen, ist das ein Stück Kontrolle, ein Stück PISA für die europäischen Verwaltungen.

Der größte Erfolg unserer Arbeit ist aber ein neues Denken in der Europäischen Kommission. Kommissionspräsident Barroso hat hier einen Mentalitätswandel eingeleitet. Während früher nur das Ziel einer Regelung im Vordergrund stand, werden heute auch die negativen Nebenwirkungen gesehen. Präsident Barroso hat bahnbrechende Vorschläge für weniger Bürokratie gemacht und gefordert, dass die EU mehr im Großen und weniger im Kleinen Vorgaben machen soll. Die EU-Kommission hat den gesamten Rechtsbestand der EU untersucht und gibt für jeden Politikbereich genau an, welche Vorschriften sie vereinfachen will. Eine vergleichbare Evaluierung des gesamten Rechtsbestands sollten auch alle Mitgliedstaaten machen. Sie hat zahlreiche Gesetzesinitiativen zurückgezogen, z.B. die umstrittene Bodenschutz-Richtlinie, oder will sie nicht mehr weiterverfolgen, z.B. die Regelung der Arbeitsbedingungen im Friseurhandwerk. Das ist insgesamt ein Quantensprung und eine große Chance für die Europäische Union. Keine künftige Kommission wird mehr hinter diese Position zurückfallen können.

Ich habe an die neue Kommission, das Europäische Parlament und den Ministerrat als die entscheidenden Akteure des Rechtsetzungsprozesses einige ganz klare Erwartungen und Forderungen:

Unsere HLG hat eine Bresche geschlagen. Nach der Europawahl muss der nächste Schritt folgen: Alle drei EU-Institutionen müssen dafür sorgen, dass künftig bei jeder Rechtsetzung ein unabhängiger Bürokratie-Check in einer Art „Europäischem Normenkontrollrat“ nach dem Vorbild des deutschen Nationalen Normenkontrollrats erfolgt. Wenn die Fragen der Bürokratiebelastung bei der Schaffung neuer Vorschriften in der Kommission, im Parlament und im Rat keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen, dann ist das Problem nicht entscheidend zu lösen.

Außerdem: Ich habe als eine Art Ombudsmann in den letzten Jahren aus ganz Europa Hunderte von Eingaben. Ich war zum Beispiel sehr überrascht, als mir ein deutscher Bürger, der jetzt in Spanien lebt, geschildert hat, wie aufwendig es war, sein in Deutschland bereits zugelassenes Auto in Spanien umzumelden. Wir haben festgestellt, dass davon jährlich etwa 3,5 Mio. Fahrzeuge betroffen sind.

Nach unserer Initiative soll in Zukunft die Zulassung im Heimatland ausreichen. Die Kommission hat dies bereits förmlich vorgeschlagen. Es ist heutzutage sehr wichtig, dass es solche Anlaufstellen gibt. Ich könnte mir vorstellen, dass die Kommission dafür in ihrem Bereich einen „Europäischen Beauftragten für Bürokratieabbau“ schafft und dieses Amt mit einem Europaabgeordneten besetzt, der in den Brüsseler Institutionen gut vernetzt ist und gegenüber der Kommission auf Abhilfe bei übermäßigen Bürokratiebelastungen dringt.

Der Bürokratieabbau braucht außerdem ein verbindliches Nettoziel. Warum kommen die Anstrengungen beim Bürokratieabbau noch nicht so bei den Menschen an, wie wir uns das wünschen? Weil natürlich nicht nur abgebaut wird, sondern auch aufgebaut. Die Konsequenz der neuen Haltung der Kommission muss jetzt auch ein Nettoziel sein. Die Belastung muss unter dem Strich geringer werden! Die Bereitschaft zu Bürokratieabbau und Selbstbeschränkung höre ich jetzt – vor den Europawahlen – verstärkt aus der Kommission, aus dem Parlament

und sogar im Rat. Wieso geben die drei EU-Institutionen keine gemeinsame Erklärung dazu ab? Eine Art Selbstbindung noch vor der Wahl, auf die sich die Bürger verlassen können?

Europa muss zudem schneller werden: Im Januar 2014 hat das EU-Parlament endlich den Weg frei gemacht, die meisten Handwerker von der lästigen, unbegründeten und teuren Pflicht zum Einbau digitaler Tachografen in ihre Kleinlaster zu befreien, wenn sie nur in einem Umkreis von 100 km mit ihrem

*Fortschritte beim Bürokratieabbau können dazu beitragen, die notwendige Akzeptanz der EU in der Bevölkerung wieder zu verbessern.*

Fahrzeug unterwegs sind. Es ist sage und schreibe fünf Jahre her, dass wir diesen Vorschlag des Zentralverbands des Deutschen Handwerks mit dem ersten Preis unseres europaweiten Wettbewerbs zum Bürokratieabbau ausgezeichnet haben. Wer es mit Europa gut meint, kann so lange und umständliche Verfahren nicht akzeptieren.

Brüssel hat zu wenige Kompetenzen in manchen großen Fragen und zu viele Kompetenzen in der Gestaltung regionaler oder sogar lokaler Gegebenheiten. In den Diskussionen um die weitere europäische Integration vermisste ich bisher auch konkrete Vorschläge aus Deutschland, welche Zuständigkeiten wieder auf die nationale Ebene zurückübertragen werden sollten. Die richtige Balance zwischen einem einheitlichen Binnenmarkt einerseits und dem Grundsatz der Subsidiarität andererseits muss dringend wieder hergestellt werden. Die Straße nach Brüssel darf – im Interesse Europas – keine Einbahnstraße sein. ♦



# Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Steuerreform

Ein Beitrag von Professor Dr. Dres. h. c. Paul Kirchhof

Die Steuer ist die Gemeinlast, die allen Inländern je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gleich auferlegt wird. Doch oft verfehlt das Steuerrecht die Erfordernisse der maßvollen, einsichtigen und planbaren Last. In einem Besteuerungssystem der Widersprüche, der Fehlanreize, der gleichheitswidrigen Vermeidbarkeiten ist es geboten, die Frage nach der Gerechtigkeit der geltenden Belastungsgründe zu stellen.

Die Ausgestaltung des Steuerrechts als Ausdruck der Gerechtigkeit beginnt mit dem Auftrag, die Steuer als Preis der Freiheit zu rechtfertigen. Nur ein freiheitlicher Staat, der in der Garantie der Berufs- und Eigentümerfreiheit die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit in freiheitlicher Hand belässt, muss sich durch Teilhabe am Erfolg privaten Wirtschaftens – durch Steuern – finanzieren. Wer wirtschaftliche Freiheit beansprucht, muss die steuerliche Finanzierung des freiheitsgarantierenden Staates anerkennen.

Die Rechtfertigung der Steuer als Preis der Freiheit bestimmt auch den Zugriffsgegenstand der jeweiligen Einzelsteuer. Wer Einkommen erzielt, hat die Erwerbsbedingungen des Wirtschaftslebens in Deutschland genutzt, muss deshalb hier Einkommenssteuer bezahlen. Zwar ist sein Einkommen seine höchstpersönliche Leistung, zugleich aber auch Leistung der Rechtsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft und Kultur. Wer Einkommen erzielt, nutzt die Friedensordnung seines Staates, um seine Handlungshäuser, seine Schaufenster, seine Leistungsangebote für jedermann zu öffnen. Er stützt sich auf das vom staatlichen Gesetzgeber und seinen Gerichten garantierte Vertragsrecht, um den Leistungsaustausch zu vereinbaren. Er nutzt die geltende Währung, um Preise und Werte zu bestimmen. Er setzt Arbeitskräfte ein, die auf Schulen und Hochschulen gut ausgebildet worden sind. Er begegnet Kunden, die mit Vertragsrecht, Banken, Zahlungsbedingungen, Internet umgehen können. Er erzielt sein Einkommen nicht, weil er eine glänzende Leistung anbietet, sondern weil er einen Leistungsempfänger findet, der dank seiner Kaufkraft und seiner Entscheidung diese Leistung als wertvoll erkennt und durch Honorierung anerkennt. Wer diese Erwerbsgrundlagen individualnützig beansprucht, soll einen maßvollen Teil des dadurch erzielten Einkommens an die Allgemeinheit abgeben, damit sich dieses freiheitliche System auch in Zukunft finanzieren lässt.

Ähnliches gilt für die Umsatzsteuer. Wer einen 100-Euro-Schein in der Tasche hat und einen gewal-

tigen Durst verspürt, wird in unseren Gaststätten und Lokalen in der Kombination von Geld und Durst einen vergnüglichen Abend gestalten können. Stünde er in der Wüste, würde er trotz seines Geldscheines verdursten. Deswegen verlangt der Staat von jedem, der die Infrastruktur unseres Marktes zur Befriedigung seines Konsumbedarfs nutzen konnte, eine Umsatzsteuer. Entsprechend rechtfertigt sich die Verbrauchssteuer, auch die Erbschaftsteuer, wenn der Erbe dank der staatlichen Erbschaftsgarantie und des Friedensprinzips die Erbschaft entgegennehmen und in Freiheit nutzen kann.

## Ausgestaltung der Einzelsteuern

Die Einzelsteuern sind so auszugestalten, dass der Steuerpflichtige den rechtfertigenden Belastungsgrund der Steuer erkennt, die Steuer in ihrer Struktur und Belastungswirkung verstehen kann. Deswegen ist auf unnötige Differenzierungen zu verzichten, auch eine Formalisierung des Rechts zu vermeiden, die zu Ausweichstrategien einlädt. Die deutsche Einkommenssteuer kennt sieben unterschiedliche Einkunftsarten. Doch jeder in diesen Einkunftsarten erzielte Euro vermittelt die gleiche finanzielle Leistungsfähigkeit. Deswegen sollte die neue Einkommenssteuer nur noch eine Einkunftsart vorsehen. Damit entfällt auch der Tatbestand „Gewerbebetrieb“, infolgedessen auch die Gewerbesteuer. Sie wird durch eine kommunale Zuschlagsteuer auf alle in der jeweiligen Gemeinde erwirtschafteten Einkommen mit kommunalem Hebesatz ersetzt.

Bei diesem rechtspolitischen Vorschlag entfallen alle Ausnahme-, Lenkungs- und Privilegientatbestände. Das dadurch erreichte Mehraufkommen wird durch Absenkung der Steuersätze an die Allgemeinheit der Steuerpflichtigen zurückgegeben. Der Unternehmer wird von unproduktiven Steuerüberlegungen entlas-

set, gewinnt wieder einen freien Kopf für sein Produkt und seinen Markt. Alle Unternehmen werden einheitlich derselben Einkommenssteuer unterworfen. Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften bilden jeweils eine steuerjuristische Person, bei der die Steuer erklärt, erhoben und vollstreckt wird. Dadurch wird die Körperschaftsteuer voll in die Einkommenssteuer integriert. Die Weitergabe des bei der steuerjuristischen Person bereits besteuerten Gewinns an Beteiligte ist die Weitergabe von Vermögen, also nicht steuerbar. Allerdings sollte die Ausschüttung der Kapitalerträge an die Kapitalgeber die in Unternehmen durch Gewinnbesteuerung einbehaltenen 25% Einkommenssteuer offen ausweisen, damit die Vorbelastung ähnlich der im Quellenabzug erhobenen Lohnsteuer sichtbar wird. Dieser Nachweis macht deutlich, dass Arbeits- wie Kapitaleinkünfte grundsätzlich gleichermaßen mit 25% vorbelastet werden sollen, die Arbeitseinkünfte allerdings in der Lohnsteuer individuell auf die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen etwa durch Freibeträge und Progression abgestimmt werden können.

Diese einheitliche, unausweichliche Bemessungsgrundlage ist Bedingung der Steuergleichheit, damit der Steuergerechtigkeit. Hier liegt ein Kernanliegen der Reform. Demgegenüber sind die Höhe der Freibeträge und des Steuertarifs von nachrangiger Bedeutung. Ich habe als der für Steuerrecht zuständige Verfassungsrichter erlebt, dass das gegenwärtige Steuerrecht wie ein Auto an den Bremsen, am Gaspedal, bei der Lenkung und an den Blinkern repariert werden mag, dass das Modell insgesamt aber nicht fahrtüchtig ist. Deswegen stellen wir ein neues Modell auf die Straße. Dessen Tempomat ist behutsam auf 80 km/h eingestellt. Es kann aber durch einen Hebeldruck mühelos auf höhere oder niedrigere Geschwindigkeiten (Freibeträge, Steuersätze) eingestellt werden.

Der Entwurf eines Einkommenssteuerrechts schlägt einen Grundfreibetrag von 8.000 Euro und eine Vereinfachungspauschale von 2.000 Euro vor. Er verschont damit Einkommen in Höhe von 10.000 Euro pro Person und Jahr. Neuere Gespräche mit anderen Instituten ergeben, dass sogar ein Freibetrag von 12.000 Euro – 1.000 pro Monat – in den Bereich des Möglichen tritt. Die nachfolgenden 10.000 Euro werden dann progressiv belastet. Der Spitzensteuersatz beträgt – aufkommensneutral – 25%. Damit werden die gegenwärtigen Unterschiede zwischen den Steuersätzen – 15% Körperschaftssteuer, 25% private Kapitaleinkünfte, 14–45% progressive Einkommenssteuer – aufgehoben. Insbesondere wird das Arbeitseinkommen nicht mehr höher besteuert als die Kapitalerträge. Alterseinkünfte werden nachgelagert besteuert, Pflichtvorsorge gegen Krankheit und Alter typisierend entlastet. Die Organisationsform als Einzelkaufmann, Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft ist für die Höhe der Steuerlast unerheblich.

Das vorgeschlagene Reformkonzept beschränkt sich aber nicht auf die Einkommenssteuer, sondern sucht das gesamte materielle Steuerrecht in einer Kodifikation zusammenzufassen, damit dem Steuerrecht eine ähnliche Gesetzesgrundlage zu geben, wie es das Bürgerliche Gesetzbuch im Privatrecht bietet.

Die Erbschaft- und Schenkungssteuer belastet jede durch Erbschaft und Schenkung empfangene Bereicherung, vereinfacht die Steuer in schlichten Grundtatbeständen und einem praktikablen Bewertungsverfahren. Die Erbschaft unter Ehegatten ist nicht steuerbar, weil Vermögen nicht an die nächste Gene-

ration weitergegeben wird. Soweit, insbesondere bei Unternehmen, das ererbte Vermögen kaum Liquidität vermittelt, kann die Steuer auf zehn Jahre in gleichen Jahresraten zinslos gestundet werden. Es gibt nur noch wenige Steuerbefreiungen (Kinder 400.000, Hausrat 20.000, im Übrigen 50.000), keine Steuerklassen und nur einen einheitlichen Steuersatz von 10%.

## Der Steuerpflichtige soll die Steuer in ihrer Struktur und Belastungswirkung verstehen.

Die Umsatzsteuer belastet den Verbraucher, ist also eine Verbrauchsteuer, wird gegenwärtig dennoch auf alle Umsätze erhoben und dann bei zwischenunternehmerischen Umsätzen durch einen Vorsteuerabzug wieder zurückgenommen. Dieses aufwendige Verfahren wird beendet. Zwischenunternehmerische Leistungen sind grundsätzlich nicht steuerbar, wenn sie über prüfbare Bankkonten (Gewährkonten) abgewickelt werden und dabei eine umsatzsteuerliche Identifikationsnummer erkennbar ist. Im neuen System der Ist-Besteuerung belastet die Umsatzsteuer erst die erbrachte Leistung. Dadurch werden nicht gerechtfertigte Liquiditätsverschiebungen und Ausfallrisiken vermieden. Die Umsatzsteuer ist eine Verbrauchsteuer, wird also grundsätzlich dort erhoben, wo der Verbraucher erwirbt.

Die Verbrauchsteuer belastet den Verbrauch, durch den der Allgemeinheit Kosten entstehen. Steuergegenstand ist der Verbrauch von Energie, von Tabak und Alkohol. Auf die übrigen Verbrauchsteuern wird verzichtet. Die Verkehrssteuern werden in die Umsatzsteuer integriert.

## Steuerreform in der Finanzkrise

Allerdings weist gegenwärtig mancher verantwortliche Finanzpolitiker auf die gewaltigen Aufgaben hin, die der Finanzmarkt den Staaten und der Europäischen Union stelle. Alle Konzentration gelte dem Schuldenabbau, der Rückgewinnung staatlicher Souveränität gegenüber dem Finanzmarkt, einer erneuerten Kultur der Verständlichkeit und des Maßes weltweit für alle Finanztransfers. Gegenüber diesen gewaltigen Zielen müsse die Steuerreform zurücktreten.

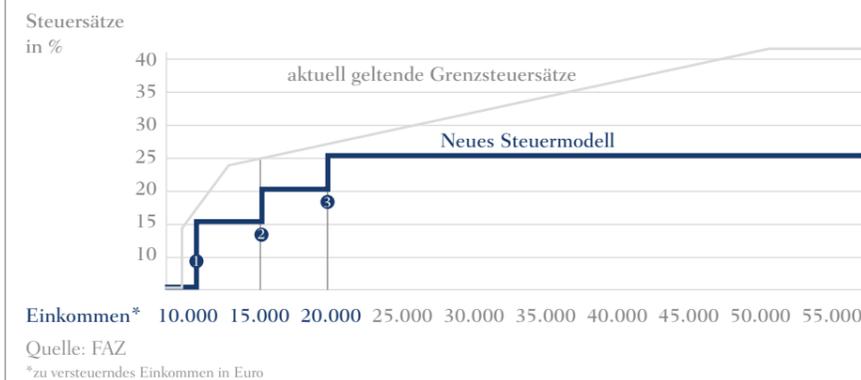
Doch Finanzreform, Haushaltsreform und Steuerreform sind so miteinander verflochten und folgen ähnlichen Prinzipien, dass sie sich wechselseitig beflügeln können. Im Finanzmarkt stellt sich die Frage, ob die dort erzielten Gewinne gerechtfertigt sind, wenn die wirtschaftliche Leistung der Finanzakteure, die Sinnstiftung und die dem einzelnen Menschen dienende Bedürfnisbefriedigung nicht mehr sichtbar werden. Das Steuerrecht muss sich fragen lassen, ob steuermindernde Vertragsgestaltungen, die nicht im Tausch der Vertragspartner einen Mehrwert vereinbaren, deren Sinn allein in der Belastung des Steuerstaates und der übrigen Steuerpflichtigen liegt, eine innere Rechtfertigung beanspruchen dürfen.

Wenn allein das rechtliche Konstrukt zu einem Vorteil führt, Finanzmarkt und Steuergestaltungen zunehmend durch Griff in die Staatskasse Einkommen erzielen, aber nicht verdienen, die Intransparenz dieser Systeme die Gegenwehr eines wachen Rechtsbewusstseins lähmt, ist eine grundsätzliche Neubewertung über die Rechtfertigung von Unternehmererfolg, Wirtschaftsfreiheit, freiheitlich definiertem Markt und Wettbewerb geboten. Wirtschaftliches Handeln meint immer Handeln auf eigene Rechnung, Entstehen für den Erfolg eigenen Tuns in Gewinn und Verlust. Steuerlicher Belastungsgrund ist stets der individuelle wirtschaftliche Erfolg, der Zuwachs an finanzieller Leistungsfähigkeit, von dem ein freiheitliches Verfassungssystem einen maßvollen Teil zur Finanzierung des Staates unausweichlich fordert. Hier liegt der Maßstab für eine gleichmäßige und maßvolle Steuerlast. ♦

*Eine einheitliche Bemessungsgrundlage ist die Bedingung der Steuergerechtigkeit.*



## Das Kirchhof-Modell



## Ein neues Verständnis von nachhaltiger Mobilität: der BMW i3

Globale Entwicklungen wie Klimawandel und zunehmende Urbanisierung erfordern neue Lösungen im Bereich der individuellen Mobilität. Eine Nachbetrachtung zum Vortrag von Dr.-Ing. Martin Arlt am 28.01.2014

Es ist an der Zeit umzudenken – denn der politische, demografische und ökologische Wandel in der Welt beeinflusst auch die Art, wie wir uns fortbewegen. In der Folge ist es Aufgabe von Politik und Industrie, angemessene Maßnahmen zu ergreifen: CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele werden gesteckt, mehr Unabhängigkeit vom fossilen Rohstoff Erdöl und seinen Preisschwankungen angestrebt. Die immer schneller wachsenden Städte sollen entlastet werden von Smog, Parkplatzchaos und Verkehrslärm. Die Umsetzung dieser Forderungen wird von einem innovativen Konzept beschleunigt, das in Bayern schon längst einen boomenden und kompetenten Entwicklungsraum gefunden hat: der Elektromobilität.

Seit 2007 leistet BMW im Rahmen des project i Forschungsarbeit und schafft so die Grundlagen für nachhaltige Fortbewegungsmittel. Die Essenz dieses Projektes ist das erste Serienfahrzeug von BMW i: der rein elektrische BMW i3. Sein zukunftsweisendes Fahrzeugkonzept macht ihn bei maximaler Stabilität und Sicherheit zu einem echten Leichtgewicht. Das Geheimnis: der Einsatz von carbonfaserverstärktem Kunststoff (CFK). Der leichte und dabei widerstandsfähige Werkstoff kompensiert das Gewicht der Lithium-Ionen-Batterie. Dadurch ist der BMW i3 mit 1.195 kg nicht schwerer als ein benzinbetriebenes Fahrzeug mit gefülltem Kraftstofftank. Und was sagt der Crashtest? Die Fahrgastzelle aus CFK bietet selbst bei einem Frontalaufprall mit 64 km/h

noch einen intakten Überlebensraum für die Passagiere. Doch auch im Innenraum des BMW i3 rückt das Thema Elektromobilität verstärkt in den Fokus. Die Dienstleistungen von BMW ConnectedDrive wurden ganz auf die Bedürfnisse von umweltfreundlichem Fahrspaß angepasst: Eine intermodale Routenführung bezieht auch den öffentlichen Nahverkehr mit ein. Der Reichweitenassistent begleitet die Routenführung und zeigt im Bedarfsfall die nächste verfügbare öffentliche Stromtankstelle an. Für den Fall, dass sich ein Mobilitätsbedürfnis einmal nicht erfüllen lässt, stehen dem Kunden Alternativfahrzeuge aus der Modellpalette von BMW und dem Carsharing-Konzept DriveNow zur Verfügung.

*Elektromobilität hat in Bayern schon längst einen kompetenten Entwicklungsraum gefunden.*

Bei der Entwicklung und der Produktion dieser neuen Generation von Elektrofahrzeugen verlässt man sich bei BMW auf das konzernerneigene Kompetenznetzwerk: Die CFK-Fahrgastzelle, das Aluminium-Modul für den Antrieb, der Energiespeicher und

das Fahrwerk werden genau wie der Elektromotor, die Leistungselektronik und die Hochleistungs-Lithium-Ionen-Batterie eigenständig von der BMW Group entwickelt. Die Produktion erfolgt an den niederbayerischen Produktionsstandorten Dingolfing und Landshut. Der Energieverbrauch bei der Fertigung des BMW i3 konnte übrigens um rund 50 % reduziert werden – genau wie der um rund 70 % geringere Wasserverbrauch. Dass auch eine Autofabrikation sehr gut mit erneuerbaren Energien auskommt, zeigt das Werk in Leipzig: Hier wird ausschließlich mit CO<sub>2</sub>-freiem Strom aus Windkraft gearbeitet. So erreicht BMW i das bereits in den Anfängen gesetzte Ziel: Das Treibhauspotenzial des BMW i3 ist gegenüber dem World Green Car of the Year 2008, dem BMW i18d, um ein Drittel geringer. Wenn die Kunden sich zusätzlich für einen Antrieb mit Ökostrom entscheiden, sinkt der Emissionsausstoß im direkten Vergleich sogar auf 50 %.

Es bleibt abzuwarten, wie schnell sich innovative Elektrokonzepte im konventionellen Automarkt behaupten können. Werden strombetriebene Fahrzeuge nicht mehr als Zukunftsspielereien, sondern als ernst zu nehmende Alternative erkannt, könnte in den Städten Bayerns und auf der ganzen Welt schon bald ein neuer und vor allem saubererer Wind wehen – und das bei einem wesentlich geringeren Geräuschpegel. ♦



100% emissionsfreier Antrieb mit hoher Reichweite: der rein elektrische BMW i3.



Dr.-Ing. Martin Arlt sprach über die innovative Forschungsarbeit bei BMW i.

## Auftrieb aus Augsburg: Hightech für die Luftfahrt

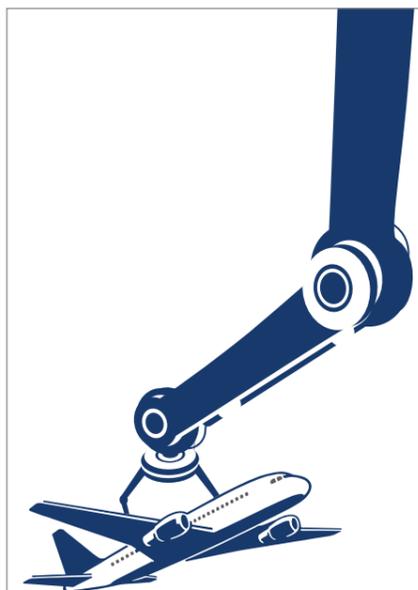
Von hier aus startet bayerische Spitzentechnologie weltweit durch: Ein Besuch bei den Flugzeugteilbauern Premium AEROTEC in Augsburg am 18.02.2014

Von Airbus-Modellen über die Boeing 787 Dreamliner bis zum Eurofighter: Kaum ein Flugzeug aus der zivilen und militärischen Luftfahrt, das kein Teil von Premium AEROTEC in sich trägt. Die hundertprozentige Airbus-Tochter zählt weltweit zu den führenden Anbietern von Rumpfssegmenten und Fertigungssystemen. An mehreren Standorten in Bayern, Norddeutschland und Rumänien werden modernste Flugzeugstrukturen aus Aluminium, Titan und Kohlenstoffaserverbundstoffen gefertigt. Der Standort Augsburg blickt dabei mit den Rumpfer-Werken und Messerschmidt auf eine besonders lange Tradition im Flugzeugbau zurück. Während einer exklusiven Werksführung konnten Mitglieder des Export-Clubs dort einen Blick in die Zukunft werfen und tiefer in die Welt der Hightech-Luftfahrt made in Bayern eintauchen.

Mit einem Jahresumsatz von 1,5 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2012 und über 9.000 Beschäftigten zählt Premium AEROTEC zu den weltweit größten Mitgestaltern der Branche. Diese Zahlen gewinnen noch mehr an Bedeutung, wenn man einen Blick auf die vergleichsweise junge Unternehmensgeschichte wirft: Am 1. Januar 2009 entsteht aus den Airbus-Werken in Nordenham und Varel sowie dem EADS-Werk in Augsburg Premium AEROTEC. Ein Jahr später kommt die Airbus-Teilefertigung in Bremen als Werkteil des Standorts Varel hinzu. Im Dezember 2010 kann das Unternehmen zusätzlich die militärischen Aktivitäten von Aircraft Services Lemwerder (ASL) überneh-

men. Zur selben Zeit beginnt Premium AEROTEC SRL Romania mit der Fertigung von Flugzeugbauteilen am neu errichteten Standort im rumänischen Bezirk Braşov.

Zurück in der Gegenwart zeigt sich, warum Premium AEROTEC seine Vorreiterrolle im Bereich technischer und ökologischer Innovationen kontinuierlich ausbauen kann: Bei der Neu- und Weiterentwicklung leichter und maximal belastbarer Flugzeugstrukturen arbeitet der Konzern eng mit Universitäten, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) sowie der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen. Das Leistungsspektrum reicht von umfassendem Projektmanagement, kundenspezifischem Design, Fertigung und Montage bis zur Inbetriebnahme der Flugzeugteile. Außerdem begleitet Premium AEROTEC seine Kunden auf der ganzen Welt mit Service-Leistungen direkt vor Ort. Doch nicht nur als Zulieferer für die Luftfahrt, sondern auch als Arbeitgeber konnte sich Premium AEROTEC zuletzt auf dem Markt behaupten: Mehr als 9.000 Beschäftigte engagieren sich für den Erfolg des Unternehmens, davon rund 400 Auszubildende. Für sein vorbildliches Personalmanagement und die intensive Betreuung zukunftsreicher Karrieren wurde das Unternehmen vom CRF Institute mit den Qualitätsiegeln Top-Arbeitgeber (2013) und Top-Arbeitgeber Ingenieure (2012) ausgezeichnet. Ein vielversprechender Ansatz, der die lange Traditionslinie des bayerischen Flugzeugbaus weiter erfolgreich in die Zukunft führen könnte. ♦



*1,5 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2012: Premium AEROTEC zählt zu den weltweit größten Mitgestaltern der Branche.*



Bei Premium AEROTEC warfen die Export-Club Mitglieder einen Blick in die Zukunft der Luftfahrt.



In Augsburg arbeiten 3.800 Mitarbeiter an Komponenten für den zivilen und militärischen Flugzeugbau.

# Ein Blick zurück: unsere Veranstaltungen 2013/2014

*Superwahljahr, neue Konzepte für das deutsche Steuerrecht und eine frisch renovierte Pinakothek:  
Es gab viele Anlässe für ein vielschichtiges Vortrags- und Besichtigungsprogramm*

- ◀
- 04.03. 2013 **Über die Herausforderungen der Sender in der neuen Medienwelt**  
Unter dem Titel „Internet, Fernsehen und Radio. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der neuen Medienwelt“ referierte der Intendant des BR, Ulrich Wilhelm, über neue mediale Strukturen und Herausforderungen in Zeiten des Internets.
- 22.04. 2013 **Besuch der KUKA-Werke in Gersthofen**  
Ein Tag bei dem international tätigen Unternehmen für robotergestützte Automation zeigte: Zukunftsweisende Robotik made in Bayern ist innovativ, für jeden verständlich und ein wesentlicher Bestandteil unseres täglichen Lebens.
- 10.06. 2013 **Ein Netzwerk für Deutschland: die Arbeit des Goethe-Instituts in der Welt**  
Der Präsident des Goethe-Instituts Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann skizzierte die weltweite Arbeit des Instituts als interkultureller Ankerpunkt deutscher Sprache und Kultur.
- 29.07. 2013 **Vereinfachung des Steuerrechts – warum ist die deutsche Politik so zögerlich?**  
Nur noch 25 % Steuern, ein Tarif für alle Steuerklassen und weniger Paragraphen – Prof. Dr. Dres. h.c. Paul Kirchhof stellte die Vorteile seines neuen, vereinfachten Steuermodells vor.
- 16.09. 2013 **Wo finden wir Stammzellen und wozu sind sie gut?**  
Dr. med. Eckhard U. Alt, M.D., Ph.D., präsentierte neue Erkenntnisse aus der Stammzellenforschung und schärfte damit den Blick für die bestehende kontroverse Ethikdebatte – und für erfolversprechende Möglichkeiten in der Krankheitsbehandlung.
- 07.10. 2013 **Nach den Wahlen 2013: Ein Blick in die Zukunft**  
Der renommierte Politikwissenschaftler Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter kommentierte die Ergebnisse des Superwahljahrs – und diskutierte mögliche Folgen für die Politik in Bayern und auf Bundesebene.
- 18.11. 2013 **Wirtschaftsspionage 2.0 – eine Gefahr für Ihr Unternehmen?**  
Von Hackerangriffen bis zu Nachlässigkeiten der Mitarbeiter: Rudolf Proschko vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz legte potenzielle Schwachstellen in Unternehmen offen – und eröffnete Maßnahmen, wie man sich effektiv davor schützen kann.
- 05.12. 2013 **Die Pinakothek der Moderne in neuem Glanz**  
Hier zeigte sich das zeitgenössische Museum von seiner frisch renovierten Seite: Bei einer exklusiven Führung konnten Mitglieder und Freunde des Export-Clubs tief in die kunsthistorischen und architektonischen Strukturen der jüngsten Münchner Pinakothek eintauchen.
- 28.01. 2014 **BMW i – die Zukunft der nachhaltigen und individuellen Mobilität**  
Wie sehen bereits heute die Elektroautos der Zukunft aus? Was treibt sie im wahrsten Sinne des Wortes an? Dr.-Ing. Martin Arlt, Leiter Steuerung und Planung von BMW i, stellte innovative Mobilitätskonzepte aus dem Kompetenznetzwerk des bayerischen Autobauers vor – und präsentierte bereits in den Markt eingeführte Modelle wie den BMW i3 und den BMW i8.
- 18.02. 2014 **Werksbesuch bei Premium AEROTECH, Augsburg**  
Von Airbus über Boeing bis zum Eurofighter: Ein Besuch beim weltweit führenden Produzenten von Rumpfsegmenten und Fertigungssystemen zeigte erneut, dass Bayern im zivilen und militärischen Flugzeugbau ganz vorne mitfliegt.
- 10.03. 2014 **Traditionelles Fischessen mit Staatsministerin Ilse Aigner**  
Zu Beginn der Fastenzeit sprach die stellvertretende Ministerpräsidentin und Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie über das Thema: „Für eine starke Wirtschaft in Bayern: Investitionen, Innovationen, internationale Wettbewerbsfähigkeit.“
- 07.04. 2014 **Neubau der Siemens-Konzernzentrale am Wittelsbacherplatz**  
Projektleiter Thomas Braun präsentierte ein Bauvorhaben, das neue Maßstäbe in moderner, urbaner Architektur sowie innovativer, effizienter Gebäudetechnologie setzt – und sowohl für die Siemens-Mitarbeiter als auch für die Bürger Münchens einigen Mehrwert schaffen wird.
- ↓

# Informativ und unterhaltsam: unsere kommenden Veranstaltungen

*2014 ist für den Export-Club ein besonders aktives Jahr. Neben traditionellen Bällen und Bildungsreisen  
warten interessante Einblicke in Großprojekte der bayerischen Wirtschaft*

- ▶
- 12.05. 2014 **Agenda 2020 – Perspektiven für Bayerns Wirtschaft**  
Alfred Gaffal, der neue Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, spricht über die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Bund und Ländern im Rahmen der Agenda 2020.
- 28.06. 2014 **Festlicher Sommerabend auf dem Starnberger See**  
Hier genießen unsere Mitglieder eine exklusive Kreuzfahrt auf dem Katamaran MS Starnberg, dem Flaggschiff der Bayerischen Seenschifffahrt. Die Passagiere erwarten neben anregenden Gesprächen auch Tanz, ein reichhaltiges Buffet sowie ein vielseitiges Programm mit der einen oder anderen Überraschung.
- 11.–13.07. 2014 **Sommerball der Junioren**  
Der schon legendäre Sommerball des Juniorenkreises auf Schloss Dachau beginnt am Freitag mit der Rezeption und dem traditionellen Eintanzen. Am Sonntag versammeln sich alle Besucher zum Abschluss zu einem gemütlichen Brunch.
- 16.–20.07. 2014 **Unternehmerreise nach Straßburg**  
Nach der erfolgreichen Reise nach Brüssel, Gent und Brügge im vergangenen Jahr folgt jetzt der Besuch in einer wahrhaft europäischen Stadt: Straßburg. Nach einem Besuch beim Europarat, dem Europaparlament und dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof rundet eine fröhliche Weintour durchs Elsass den Ausflug ab.
- 07.07. 2014 **Mitgliederversammlung in der Internationalen Messe München**
- 28.07. 2014 **Ein neuer Konzertsaal für München**  
Die Regierung Bayerns hat den Bau von Münchens neuem Konzertsaal fest versprochen. Aber wo und wann wird er letztlich entstehen? Manfred Wutzlhofer, Vorsitzender des Konzertsaal München e.V., nimmt Stellung zu diesem Neubauprojekt.
- **Der Export-Club Stammtisch**  
Wir treffen uns an jedem letzten Donnerstag des Monats ab 19.30 Uhr im Restaurant Marktwirt, Heiliggeiststraße 2, 80331 München.
- ↓

# Transatlantischer Freihandel: Chancen und Probleme

Ein Beitrag von Prof. Gabriel Felbermayr, PhD, LMU München und ifo Institut



Ein transatlantisches Freihandelsabkommen, das nicht ambitionierter sein muss als der Durchschnitt der bereits existierenden, könnte das reale Prokopfeinkommen in Deutschland langfristig um etwa 4,7% erhöhen. Vor allem Firmen mittlerer Größe würden profitieren. Es gäbe nur geringe Effekte auf die Lohnungleichheit und die Beschäftigung, die durchaus positiv ausfallen könnten. Die Probleme liegen hauptsächlich im politischen Prozess.

## USA für Deutschland noch wichtiger, als manche denken

Deutschland exportierte im Jahr 2012 Waren und Dienstleistungen im Wert von 87 Milliarden Euro in die USA und bezog von dort Importe im Wert von 51 Milliarden. Das sind 8% der gesamten Exporte und 6% der Importe. Circa 20% des deutschen Exportüberschusses stammen aus dem Handel mit den USA. Die USA sind nach Frankreich das wichtigste Zielland für deutsche Exporte, und nach Holland,

China, und Frankreich das wichtigste Quellland für Importe. Soweit die offizielle Statistik. Fragt man nach dem Wertschöpfungsgehalt des Handels, so zeigen Berechnungen der OECD und des ifo Institutes, dass die USA sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten sogar das wichtigste Partnerland Deutschlands sind. Diese Rechnungen berücksichtigen zum Beispiel, dass in den Importen Deutschlands aus China ein hoher Anteil amerikanischer Vorprodukte steckt (man denke an das iPhone) und

sich in den Exporten Deutschlands nach Frankreich ein hoher Anteil osteuropäischer Wertschöpfung versteckt. Für die deutschen Einkommen ist aber nicht der Wert gehandelter Güter an der Zollgrenze wichtig, sondern die dahinter liegende deutsche Wertschöpfung. Man kann also sagen: Die USA sind für Deutschland ein noch wichtigerer Handelspartner, als manche denken.

## Potenziale noch unausgelastet

Der transatlantische Handel ist, wie gezeigt, hoch, und der durchschnittliche handelsgewichtete Importzoll liegt auf beiden Seiten bei etwa 3%. Aber das bedeutet keineswegs, dass das Potenzial des transatlantischen Handels längst ausgelastet wäre. Denn es existieren noch hohe Zollspitzen, auch in relevanten Bereichen (z. B. Kfz), und der ungewichtete Durchschnittszoll ist deutlich höher als der gewichtete, was auf eine hohe negative Handelswirkung der Zölle schließen lässt. Außerdem liegen die tatsächlich beobachteten Exporte Deutschlands in die USA gemäß OECD-Zahlen bei 14% des Volumens, das sich theoretisch in einer friktionsfreien Welt ergeben würde. Das ist trotz aller transatlantischer Kooperation ein geringerer Auslastungsgrad, als Deutschland z. B. im Handel mit China aufweist (15%). Auf der Importseite und für EU-Länder wie Frankreich ist die Situation noch deutlich krasser.

Die Handelskosten über den Atlantik müssen also noch immer beträchtlich sein. Natürlich sind nicht alle Handelshemmnisse politisch induziert und manche handelshemmende regulatorische Differenzen sind nicht verhandelbar. Trotzdem gibt es für Verhandlungen große Spielräume. Die Zölle und bestimmte nicht tarifäre Barrieren sollten in Schlüssel-sektoren (z. B. Fahrzeuge, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik) ohne breiten politischen Widerstand absenkbar sein. Auch in der öffentlichen Beschaffung ist eine gegenseitige Marktöffnung zumindest teilweise denkbar (Ausnahme: Rüstungsgüter). Und im Dienstleistungsbereich könnte man mit der Anerkennung von Berufsabschlüssen und erleichterten Visaregeln weit kommen. In den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittel und Kultur existieren auch bei TTIP jene Probleme, die aus anderen Freihandelsabkommen und von WTO-Verhandlungen hinreichend bekannt sind und in existierenden Abkommen

oft zumindest in Teilen ausgenommen wurden. TTIP ist noch längst nicht ausverhandelt. Man kann also gar nicht für oder gegen das Abkommen sein, sondern nur grundsätzlich für oder gegen ein Abkommen mit den USA. Um eine realistische ökonomische Erwartung für TTIP zu entwickeln, lohnt es sich daher zu fragen: Welche Wirkungen haben existierende Freihandelsabkommen entfaltet? Dazu gibt es eine große empirische Literatur, die die vielen (mehr als 300) in Kraft befindlichen Abkommen ökonomisch evaluiert.

Eine Metaanalyse von Studien, die bis zum Jahr 2006 erstellt wurden, weist einen durchschnittlichen handelsschaffenden Effekt von 86% auf; neuere Arbeiten, die ökonomisch fortgeschrittenere Methoden einsetzen, finden teilweise deutlich höhere Werte. Schätzungen des ifo Instituts kommen auf etwa 200%, wobei dafür die bisher umfassendste Analyse (126 Länder) durchgeführt wurde und bei der

*Bestehende Abkommen erzielen schätzungsweise einen handelsschaffenden Effekt von bis zu 200%.*

eine Reihe bisher vernachlässigter Schätzprobleme gelöst wurden (Egger et al., 2011). Je nach verwendeter Handelselastizität bedeutet dieser Wert eine Reduktion der bilateralen Handelskosten von zwischen 25 und 40 Prozentpunkten.

Man kann festhalten: Im Durchschnitt schaffen die Abkommen zusätzlichen Handel zwischen den Vertragspartnern. Sie tun das, indem sie die Zölle absenken (oft eliminieren), diverse nicht tarifäre Barrieren reduzieren und Anreize für private wie öffentliche Investitionen in die Handelsinfrastruktur im weiteren Sinne schaffen (z. B. durch Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Sprachkenntnisse, rechtliche Expertise, ...). Der letztere Kanal ist wichtig: Die handelsschaffende Wirkung von Abkommen wird zwar von Handlungspolitik angestoßen, aber von anderen – oft privatwirtschaftlichen – ökonomischen Mechanismen verstärkt. Wenn man nur auf Zölle und

beobachtbare nicht tarifäre Barrieren abstellt, würde man den vollen Handelskosteneffekt der Abkommen unterschätzen.

## TTIP belebt den transatlantischen Handel stark, führt aber zu Handelsumlenkung

Die ifo-Studien nehmen an, dass die bilateralen Handelskosten zwischen EU-Staaten und den USA durch TTIP um genau jenen Betrag sinken würden, der für existierende Abkommen im Durchschnitt gemessen werden kann. Das ist einerseits ein konservativer Ansatz, denn viele Beobachter gehen davon aus, dass TTIP überdurchschnittlich ambitioniert sein würde. Andererseits könnte der Wert auch zu hoch liegen, weil es eine lange Tradition transatlantischer Kooperation gibt. Solange ein Vertragsentwurf zu TTIP nicht vorliegt, scheint es vernünftig, sich an existierenden Abkommen zu orientieren.

Unter Berücksichtigung aller relevanten Effekte des allgemeinen Gleichgewichtes bedeutet diese Annahme, dass der Handel zwischen Deutschland und den USA um fast 94% steigen würde (Felbermayr et al., 2013). Dieser positive Handelsschaffungseffekt steht negativen Handelsumlenkungseffekten gegenüber: Mit Ländern, mit denen die Handelskosten nicht sinken, geht der Handel Deutschlands typischerweise zurück. Der Grund ist, dass diese Länder für deutsche Exporteure relativ an Attraktivität verlieren und als Quelle deutscher Importe an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Dieser Effekt ist dort besonders ausgeprägt, wo die Handelskosten bereits niedrig sind: mit den deutschen Handelspartnern in der EU, oder mit den US-Partnern in NAFTA. Insgesamt steigt aber die Offenheit der deutschen Volkswirtschaft.

## Deutliche Wohlfahrtseffekte für Deutschland möglich

Die Simulationen des ifo Instituts weisen auf ein erhebliches wohlfahrtsförderndes Potenzial von TTIP hin. In der langen Frist, wenn sich alle Anpassungen ereignet haben (nach 15 Jahren), könnte das reale BIP pro Kopf in Deutschland um etwa 4,7% höher liegen, als wenn es TTIP nicht gäbe (Felbermayr et al., 2013). Damit liegt Deutschland sehr nahe am EU-Durchschnitt von 4,95%. Die Gewinne in den USA wären deutlich höher, weil Amerika mit TTIP de facto Freihandel mit 28 Ländern erhält. Dies sind Ceteris-paribus-Berechnungen: Es wird angenom-

men, dass sich relativ zum Status quo nichts ändert, außer dass TTIP eingeführt wird. Es handelt sich also nicht um eine Prognose des BIPs, sondern um eine Quantifizierung des kausalen isolierten Effektes von TTIP.

Die Wohlfahrtseffekte entstehen über verschiedene Kanäle. Die Reduktion von Handelskosten macht eine Verringerung der Konsumentenpreise möglich. Durch den Zutritt neuer amerikanischer Exporteure auf den europäischen Markt steigt der Wettbewerb, was es wahrscheinlich macht, dass die Kostensenkungen auch bei den Verbrauchern ankommen. Außerdem nimmt per Saldo die Produktvielfalt zu, auch

### Es entstehen neue Chancen für Unternehmen mit mittlerer Wettbewerbsstärke.

wenn man durchaus damit rechnen muss, dass der stärkere Wettbewerb weniger produktive Hersteller aus dem Markt drängt. Dieser Verdrängungswettbewerb mag für manche schmerzhaft sein. Er ermöglicht aber auch eine Erhöhung der Durchschnittsproduktivität der deutschen Wirtschaft, weil jene Firmen, die neu in die USA exportieren und Beschäftigung aufbauen, aus der oberen Mitte der Produktivitätsverteilung stammen. Dass es Gewinner und Verlierer gibt, ist keineswegs ein Spezifikum von TTIP, sondern ein Kennzeichen beinahe aller wirtschaftspolitischen Reformvorhaben.

#### Mehr Jobs? Kleine, aber positive Effekte in der langen Frist

In der öffentlichen Debatte werden wirtschaftspolitische Maßnahmen häufig auf ihre Beschäftigungswirkung reduziert. Doch wer Arbeitslosigkeit absenken will, sollte sich zu allererst mit den Institutionen auf dem Arbeitsmarkt befassen. Die Wirkung von Produktmarktreformen – wie eine Reduktion der Barrieren im transatlantischen Handel – wird stets vergleichsweise gering sein.

Die empirische Analyse zu diesem Thema zeigt, dass Handelsliberalisierung im Länderdurchschnitt kurzfristig die Arbeitslosigkeit erhöhen kann, weil die Vernichtung von Arbeitsplätzen in nicht wettbe-

werbsfähigen Firmen rasch passiert, der Aufbau von Beschäftigung in den wettbewerbsfähigen Unternehmen aber Zeit kostet. Die Daten zeigen aber auch, dass die Reformen langfristig per Saldo Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit absenken. Die Größenordnung der Effekte könnte dabei beträchtlich sein. Eine neue CESifo-Studie (Felbermayr et al., 2014) zeigt, dass die Zunahme der ökonomischen Offenheit in Deutschland von 1996 bis 2007 etwa die Hälfte der Reduktion der Arbeitslosigkeit in dieser Periode erklären kann.

Positive Langfristeffekte sind auch von TTIP zu erwarten. Weil die Struktur der komparativen Vorteile Deutschlands und der USA ähnlich ist, muss man erwarten, dass Beschäftigungsabbau und -aufbau häufig im selben Sektor erfolgen kann. Das bedeutet, dass die Anpassung vergleichsweise rasch erfolgen sollte. Das ifo Institut (Felbermayr et al., 2013) quantifiziert die langfristigen Jobgewinne in Deutschland auf bis zu 180.000, was einer Absenkung der strukturellen Arbeitslosenrate um etwa 0,4 Prozentpunkte entspricht.

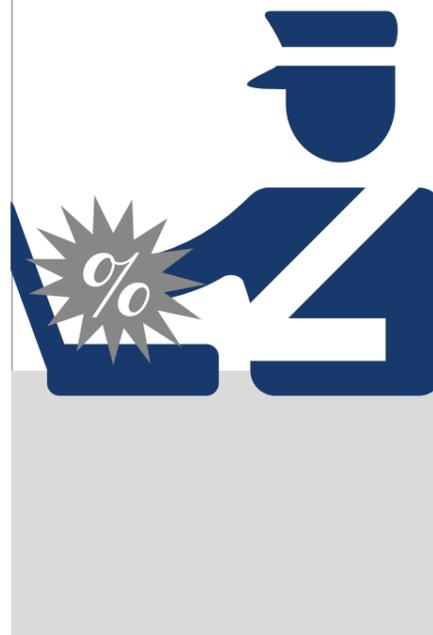
#### Höhere Reallöhne im Durchschnitt, wenig Effekt auf die Ungleichheit

Selbst wenn TTIP keine Arbeitsplätze schaffen sollte, würden die Arbeitnehmer von höheren durchschnittlichen Reallöhnen profitieren. Das passiert einerseits, weil die Preise sinken und damit die Kaufkraft bei gegebenen Löhnen steigt; andererseits, weil TTIP zu einem Beschäftigungszuwachs bei produktiven, exportstarken Unternehmen führt, sodass die durchschnittliche Arbeitsproduktivität und somit der Durchschnittslohn steigen.

Wenn TTIP neben den Importzöllen auch die fixen Kosten des Marktzuganges für Exporteure reduziert, dann entstehen neue Chancen vor allem für Unternehmen mit mittlerer Wettbewerbsstärke. Diese treten neu auf den US-Markt ein und erhalten dadurch neue Wachstumsimpulse. Die großen Konzerne hingegen sind auch schon vor TTIP auf dem US-Markt vertreten. Sie profitieren vor allem durch die niedrigeren Zölle. Unternehmen, die schon vor TTIP nur in Deutschland präsent sind, könnten Marktanteile an neue Konkurrenten aus den USA verlieren, während die Kosten internationaler Tätigkeit weiter zu hoch bleiben. Wenn dieses Argument stimmt, dann wachsen vor allem die mittelständischen Unternehmen.

### Das Prinzip des TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership):

Freihandelsabkommen schaffen zusätzlichen Handel zwischen den Vertragspartnern, indem sie Zölle absenken, nicht tarifäre Barrieren reduzieren und Anreize für private wie öffentliche Investitionen in die Handelsinfrastruktur schaffen.



Was bedeutet das für die Lohnungleichheit in Deutschland? Es ist eine empirische Tatsache, dass große, produktive und exportorientierte Unternehmen den Arbeitnehmern bei gleichen beobachtbaren Charakteristika (Bildung, Alter, Geschlecht, ...) höhere Löhne zahlen. Empirische Ergebnisse für Deutschland zeigen zum Beispiel, dass Exporteure zwischen 1996 und 2007 für Arbeitnehmer mit gleichen Lohnabschlüssen und gleicher Erfahrung Lohnprämien zwischen 10 und 15 % bezahlt haben (Baumgarten, 2013). Wenn nun TTIP den Anteil jener Arbeitnehmer, die bei neuen Exporteuren beschäftigt sind, erhöht, dann könnte dies sogar zu einem Rückgang der Lohnungleichheit führen. Dieses Szenario ist dann wahrscheinlich, wenn TTIP in der Tat die fixen Marktzutrittskosten absenken hilft.

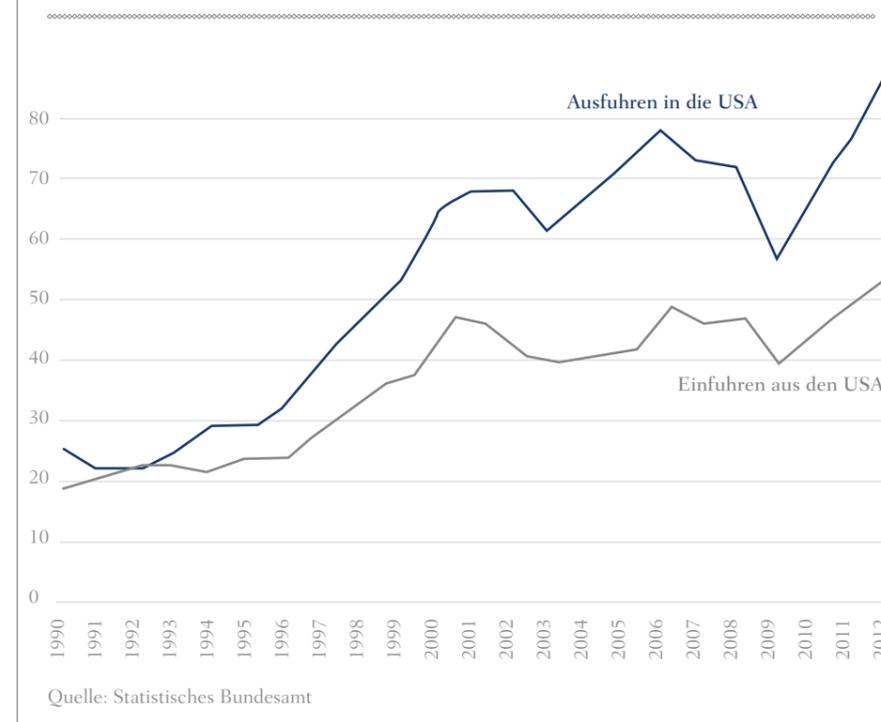
#### TTIP muss nicht das ambitionierteste Abkommen der Welt sein

Zu Beginn der Verhandlungen wurde von EU und USA immer wieder betont, dass mit TTIP ein neuer Goldstandard geschaffen und das Abkommen das umfassendste und tiefgreifendste der Geschichte werden solle. Die ehrgeizige Rhetorik hat viele Befürchtungen geweckt. Dabei ist die ökonomische Vorteilhaftigkeit von TTIP selbst dann gegeben, wenn das Abkommen die Handelskosten „nur“ so weit absenkt, wie das für bereits existierende Abkommen im Durchschnitt gemessen werden kann. Nur die wenigsten Abkommen enthalten Klauseln zum Investitionsschutz. Außerdem sind Ausnahmeregelungen für sensible Bereiche sehr weit verbreitet. Für die genannten Wohlfahrtsgewinne braucht

es die ambitionierten Themen gar nicht, die in den letzten Monaten zu erheblichem Widerstand in der Öffentlichkeit gegen TTIP geführt haben. Ein anderer Bereich ist für die Wohlfahrtseffekte viel entscheidender. Die Simulationen zeigen, dass TTIP zu einer Zunahme der Durchschnittsgröße der Unternehmen führen wird. Damit steigt die Gefahr des Missbrauchs eventueller Monopolstellungen zum Schaden von Verbrauchern und Zulieferern. Die ifo-Simulationen gehen zwar nicht von perfektem Wettbewerb aus, unterstellen aber die grundsätzliche Bestreitbarkeit der Märkte. Daher wäre ein ambitioniertes Kapitel zur transatlantischen Kooperation in wettbewerbsrechtlichen Fragen von großer Bedeutung.

Ein Abkommen, das sich auf das politisch Machbare konzentriert und den Bürgern die Angst vor den Multis nimmt, würde zwar hinter den ursprünglichen Zielen der EU-Kommission zurückbleiben. Ein solches bescheideneres Abkommen wäre aber sicher besser als gar keines, denn die ökonomischen Effekte sind – allein schon aufgrund der Größe der transatlantischen Ökonomie – erheblich. Und es könnte der erste Schritt sein für eine noch tiefere Kooperation in der Zukunft. ♦

### USA: starker Handelspartner für Deutschland Volumen der Ein- und Ausfuhren (Mrd. Euro)



#### Quellen:

Baumgarten, Daniel (2013), „Exporters and the rise in wage inequality: Evidence from German linked employer-employee data“, *Journal of International Economics* 90(1): 201–217.  
 Egger, Peter, Mario Larch, Kevin Staub und Rainer Winkelmann (2011), „The trade effects of endogenous preferential trade agreements“, *American Economic Journal* 3: 113–143.  
 Felbermayr, Gabriel und Mario Larch (2013), „Transatlantic free trade: Questions and answers from the vantage point of trade theory“, *CESifo Economic Forum* 4/2013: 3–17.  
 Felbermayr, Gabriel, Benedikt Heid und Sybille Lehwald (2013), „Transatlantic free trade: Winners, losers and necessary accompanying measures“, *Law and Business Review of the Americas* 19(4): 445–484.  
 Felbermayr, Gabriel, Giammarco Impullitti und Julien Prat (2014), „Firm Dynamics and Residual Inequality in Open Economies“, *CESifo Working Paper* 4666.

# Oranje und Weißblau – zwei Hightech-Länder finden sich

Ein Beitrag von Rob Zaagman, Generalkonsul der Niederlande



Adrian van Hooydonk geleitet werden. In den Niederlanden werden ab Sommer 2014 übrigens MINI in einer speziell für BMW umgebauten Fabrik produziert – denn niederländische Fachkräfte erfüllen den hohen Anspruch der deutschen Industrie und sprechen Deutsch.

Doch auch viele andere bayerische Unternehmen haben die Niederlande bereits entdeckt: als Markt, als Lieferant oder als Kooperationspartner. Der bilaterale Handel summierte sich im Jahr 2013 auf mehr als 13 Mrd. Euro. Damit sind wir der achtgrößte Wirtschaftspartner des Freistaats. Wir liefern hauptsächlich Geräte für die Datenverarbeitung, elektrische und optische Produkte, chemische Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Futtermittel. Wir kaufen unsererseits in Bayern vor allem Kraftwagen, Kraftwagenteile und Maschinen, aber auch Datenverarbeitungsgeräte sowie elektrische und optische Produkte. Und hätten Sie gedacht, dass es mehr als 500 Niederlassungen niederländischer Unternehmen in Bayern gibt? Übrigens geht es hier nicht nur um Handel. Niederländische Direktinvestitionen in Bayern betragen 13 Mrd.

Die Niederlande – viele in Bayern denken dabei an das Königshaus, Wasser, Blumen, Fußballer und Winter-Olympia-Medaillen. Goldrichtig, aber die Niederlande sind viel mehr als das. Genauso wie Bayern viel mehr ist als BMW, das Oktoberfest, der FC Bayern und Winter-Olympia-Medaillen.

Mein Land gehört zu den führenden Hightech-Nationen der Welt. Deshalb hat die Hannover Messe, die größte Industriemesse der Welt, uns eingeladen, dieses Jahr vom 7. bis 11. April ihr Partnerland zu sein. Wir präsentieren dort niederländische Lösungen für globale Herausforderungen, unter anderem in den Bereichen Energie, Klimawandel, Hightech und Elektromobilität.

Wieso ist die Niederlande ein Hightech-Land? Darum: 80 % aller weltweit benutzten Elektrogeräte funktionieren dank niederländischer Mikrochips. BMW hat die Qualität unserer Industrie schon längst entdeckt und ordert jährlich für eine halbe bis eine Milliarde Euro Zubehörteile aus den Niederlanden. Nur ein Beispiel ist die Elektronik. Diese unverzichtbaren Bestandteile von Autos werden von niederländischen Unternehmen geliefert, die mechanische Systeme ausgezeichnet mit komplexer Software kombinieren können. Das Ergebnis: Bis zu 20 % des Wertes eines BMW besteht aus niederländischen Komponenten. Bayerische Qualität ist also auch niederländische Qualität. Zudem sind alle modernen BMW die Schöpfungen von Designteam, die vom Niederländer



Euro pro Jahr. Ein Investor hat zum Beispiel den Wohnwagenbauer Knaus-Tabbert und damit Hunderte von Jobs gerettet. „Ha“, denken Sie, „die Niederländer und ihre Wohnwagen, des kenna mia!“ Kein Wunder: Der bayerische Tourismussektor heißt die Niederländer jedes Jahr herzlich willkommen, denn mit 1,5 Mio. Übernachtungen im Jahr 2013 stellen sie die größte Touristengruppe.

Ich könnte noch von vielen anderen Bereichen erzählen: vom niederländischen Logistiksektor, von Rotterdam als größtem Hafen Deutschlands, der immer wichtiger für Bayern wird. Davon, wie große Unternehmen in einem Prozess der „offenen Innovation“ in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Zulieferern neue Produkte und Systeme entwickeln oder von unseren Lösungen zum Schutz vor Hochwasser aus Meer und Flüssen.

*Der bilaterale Handel summierte sich im Jahr 2013 auf mehr als 13 Milliarden Euro.*

Das gegenseitige Interesse für bayerisch-niederländische Wirtschaftskooperation wächst. Im Oktober 2012 besuchte der damalige Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation, Maxime Verhagen, mit einer großen Wirtschaftsdelegation München. Wirtschaftsminister Martin Zeil stattete den Niederlanden zwei Arbeitsbesuche ab, begleitet von einer Auswahl an bayerischen Unternehmern. Ministerpräsident Seehofer besuchte im Juni 2012 die Hightech-Region „Brainport Eindhoven“ im Süden der Niederlande. Da sprach er das höchste Lobeswort aus, das ein bayerischer Ministerpräsident sprechen kann: „Das ist ja wie Bayern!“ *Die Financial Times* hat diese Bemerkung anscheinend gehört, denn sie hat Eindhoven 2014 zur besten Region für internationale Investitionen ausgerufen.

Fazit: Bayern und Niederländer ergänzen sich hervorragend und haben schon längst ihre gemeinsamen Stärken entdeckt. Als gute Partner werden sie auch in Zukunft zusammen nach optimalen Lösungen und Produkten streben. ♦

# Die jungen Wilden

Der Junioren-Kreis des Export-Club Bayern unterstützt junge Menschen, die ihre Leidenschaft für die Wirtschaft entdeckt haben und sie leben wollen



*Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:*

www.export-club.de oder per Mail an junioren@export-club.org  
Wir laden Sie dann gerne zu unserer nächsten Veranstaltung ein.



Ganz gleich ob Unternehmer, Selbstständiger oder Berufsanfänger: Als Teil eines professionellen Netzwerks gelingt vieles leichter. Spannende Einblicke in die Welt der Wirtschaft und anregende Gespräche mit interessanten Persönlichkeiten bringen gerade dem Nachwuchs viele Vorteile. Regelmäßig finden hochkarätig besetzte Veranstaltungen statt zu den Themen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Ein monatlicher Stammtisch fördert das Kennenlernen und den Erfahrungsaustausch. Neben beruflichem Networking warten auch gesellschaftliche Highlights auf unsere Junioren: Der traditionelle Neujahrsempfang sowie der festliche Sommerball auf Schloss Dachau haben ihren festen Platz im Veranstaltungsprogramm. Werden Sie Mitglied im Junioren-Kreis und holen Sie sich wertvolle Tipps zum Karrierestart! Lernen Sie Unternehmen kennen, die junge Talente fördern, und machen Sie sich vertraut mit den Dos und Don'ts im Business. Alle ambitionierten Menschen zwischen 18 und 35 Jahren sind herzlich willkommen. ♦

**Informativ und aktiv:**  
**die Veranstaltungen des Junioren-Kreises**

**27. August 2013**

Cocktail & Talk mit William (Bill) E. Moeller III., Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Bayern.

**3. Oktober 2013**

Export-Club Wies'n der Junioren in der Käfer Wies'n Schänke.

**8. Oktober 2013**

Christoph Schwager, Chief Risk Office von EADS-Risikomanagement: Warum ist es so schwer, was können wir besser machen?“

**18. Oktober 2013**

Ausstellung KunstWerkUhr von Patek Philippe in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung.

**25. November 2013**

Porzellanmanufaktur Nymphenburg „Innovation ist Tradition, Nymphenburg ist Innovation“ mit Geschäftsführer Anders Thomas.

**19. Februar 2014**

„Honigbiene statt Heuschrecke – Private Equity als Werttreiber für Unternehmen“ mit AUCTUS Partners AG.

**20. März 2014**

Social Entrepreneurship mit dem Global Shapers Hub Munich des World Economic Forum.

**10. April 2014**

Executive-Dinner mit Dr. Michael Kerkloh, Geschäftsführer der Flughafen München GmbH.

**12. Juli 2014**

Sommerball der Junioren auf Schloss Dachau.

**Vorsitzender**

Marc Fiedler

**Stellvertretender Vorsitzender**

Sebastian Seibold

**Schatzmeister**

Johannes Burkhardt

**Programmgestaltung**

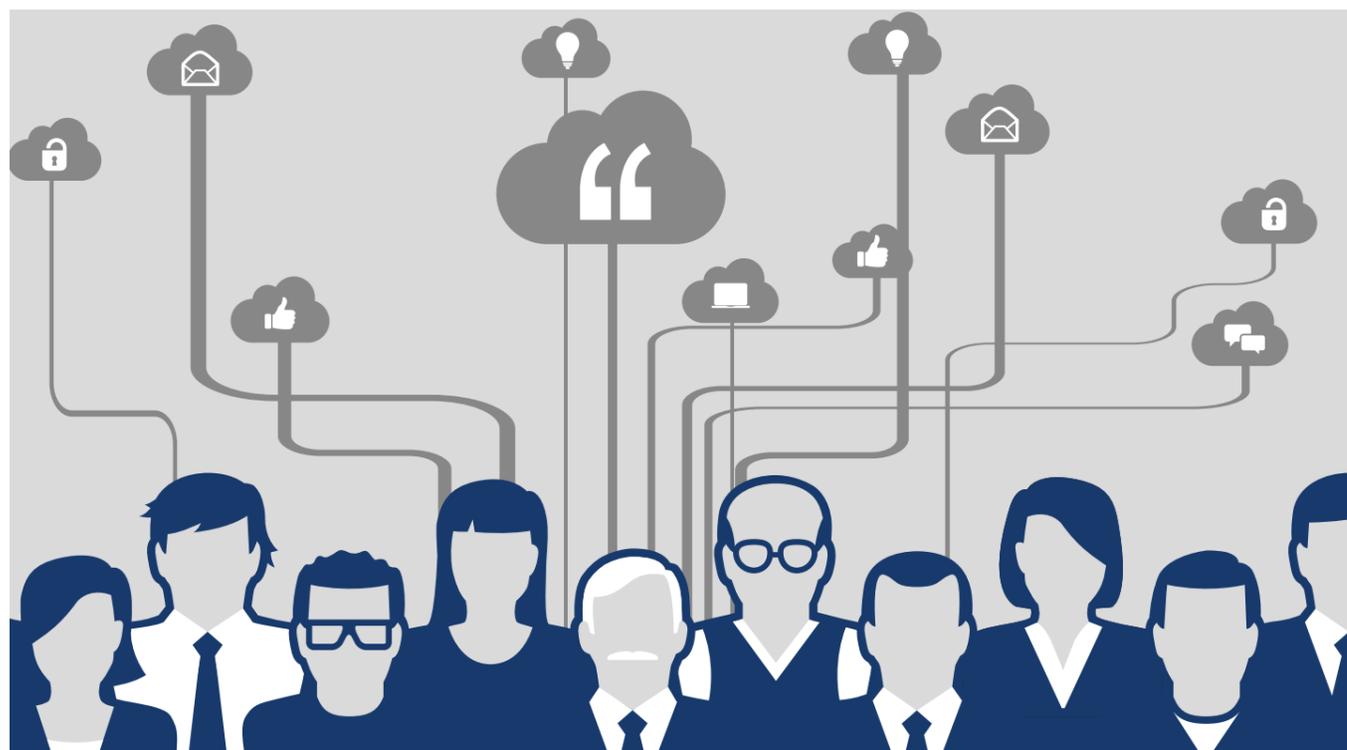
Sarah-Katharina Acevedo

**Programmgestaltung**

Kai M. Liebe

## Bayerns Zukunft aktiv mitgestalten

*Seit 66 Jahren fördert der Export-Club erfolgreich Bayerns Wirtschaft – mit Dialog, neuen Impulsen und Netzwerkpflege bietet er seinen Mitgliedern beste Mittel, um sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten*



Bayerns Wirtschaft ist ein echter Exportschlag. Die Ausführquote im verarbeitenden Gewerbe lag 2012 bei 51 % – damit wurde im Vergleich zu den Vorjahren ein neuer Außenhandelsrekord aufgestellt. Inzwischen können nicht mehr nur die großen Betriebe, sondern gerade auch der Mittelstand große Erfolge vermelden. Die exportierenden Unternehmen leisten damit einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Bayern.

Seit 66 Jahren ist der Export-Club aktiv an dieser Erfolgsgeschichte beteiligt. 1948 von sieben führenden Wirtschaftspersonlichkeiten gegründet, hat er sich von Beginn an für eine wettbewerbsfähige Ökonomie und fruchtbare Außenhandelsbeziehungen eingesetzt. Mittlerweile ist er mit über 500 Firmen-,

Einzel- und Juniorenmitgliedschaften eine der führenden Wirtschaftsorganisationen in Deutschland. Durch Foren, Veranstaltungen und Vorträge fördert der Export-Club Bayern den Dialog innerhalb der

*Intensiver Informations- und Wissenstransfer sind die Basis für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg.*

Wirtschaftselite. Unternehmer, Freiberufler, Führungskräfte und Mitglieder des diplomatischen Korps diskutieren aktuelle Themen, erhalten innovative Impulse, pflegen Kontakte und knüpfen neue

Geschäftsbeziehungen. Besonderes Augenmerk legt der Verein auch auf die Förderung von Nachwuchskräften: Im Junioren-Kreis erhalten Unternehmer, Selbstständige und Berufsanfänger bis zu 35 Jahren wertvolle Starthilfe für die eigene Karriere.

Die Mitgliedschaft im Export-Club Bayern bietet damit allen Institutionen und Einzelpersonen wertvolle Vorteile. Denn gerade ein reger Austausch über Trends in Wirtschaft und Politik sowie ein intensiver Informations- und Wissenstransfer sind die Basis für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg. Auch dank der Arbeit des Export-Clubs ist der Expansionskurs in der bayerischen Handelswelt ungebrochen. Wir laden Sie herzlich ein, ihn gemeinsam mit uns weiter voranzutreiben – in einem der vitalsten Wirtschaftsclubs Deutschlands. ♦

## Mitglied werden in einem starken Netzwerk

*Betreten Sie die interessanteste Wirtschaftsplattform Bayerns*

Jedes Unternehmen und jede Person aus Bayern kann Mitglied im Export-Club Bayern werden. Interessierte werden in der Regel über zwei Mitglieder empfohlen und in den Club eingeführt. Gerne bieten wir Ihnen die Möglichkeit an, als Gast an unseren Veranstaltungen teilzunehmen. So haben Sie die Gelegenheit, Mitglieder kennenzulernen und sich einen ersten Eindruck über die Atmosphäre unseres Clubs zu verschaffen.

Nutzen Sie unser dichtes Netzwerk aus Unternehmerpersönlichkeiten, Führungskräften und Freiberuflern zu Dialog, Erfahrungsaustausch und Kontaktpflege. Regelmäßige Veranstaltungen mit hochkarätigen Rednern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur eröffnen zusätzlich neue Perspektiven. Besonders am Herzen liegt uns auch die gezielte Förderung von Nachwuchskräften in unserem Junioren-Kreis. ♦

*Lernen Sie uns kennen! Weitere Informationen erhalten Sie auf [www.export-club.org](http://www.export-club.org) oder telefonisch unter 089 / 30 907 19-0. Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme.*

### *Ein festlicher Sommerabend auf dem Starnberger See*

Exklusive Kreuzfahrt des Export-Club Bayern mit dem Katamaran MS Starnberg, dem Flaggschiff der Bayerischen Seenschifffahrt.

*Am 28. Juni 2014, 18.00–24.00 Uhr*

**Die Highlights:** Sektempfang, Buffet einschließlich Getränke, Tanz und Unterhaltung, Barbetrieb auf dem Oberdeck, Verlosung hochwertiger Preise, Überraschungen, Bus-Transfer München–Starnberg und zurück

**Kosten:** 145 Euro pro Person (alles inklusive, ohne Bargetränke)

*Registrieren Sie sich jetzt online auf [www.export-club.org](http://www.export-club.org).*

*Unsere Mitglieder erhalten außerdem eine persönliche Einladung per Post.*

#### **Präsidium**

Dr. Michael Kerkloh (Präsident)  
Klaus Dittrich  
Oliver Grohmann-Velchev  
Peter Hotka  
Bernd Pantze  
Dr. Olaf Rathjen  
Dr. Marianne Schramm

#### **Geschäftsführer**

Hans-Joachim Kraemer

#### **Kuratorium**

Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und Stellvertretende Ministerpräsidentin, Vorsitzende  
S.K.H. Herzog Franz von Bayern, Ehrenmitglied  
Dr. Ing. E.h. Eberhard von Kuenheim, Ehrenmitglied  
Dr. Wilhelm Winterstein  
Manfred Wutzlhofer

